

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Maximilian Linder, Petra Steger
und weiterer Abgeordneter

**betreffend Veto gegen Eröffnung von EU-Beitrittsgesprächen mit der Ukraine
sowie gegen neue Milliardenzahlungen an das Selenski-Regime**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 2, Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (2305 d.B.): Bundesgesetz, mit dem ein Finanzausgleichsgesetz 2024 erlassen wird sowie das Finanzausgleichsgesetz 2017, das Umweltförderungsgesetz, das Wohn- und Heizkostenzuschussgesetz, das Transparenzdatenbankgesetz 2012 und das Bildungsinvestitionsgesetz geändert werden (2375 d.B.)

in der 245. Sitzung des NR am 14.12.2023.

ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka beschwor im September dieses Jahres in Kiew die „*bedingungslose*“ Solidarität Österreichs mit der Ukraine. Zugleich versprach er, dass Österreich die Ukraine weiterhin auf dem Weg in die Europäische Union unterstützen werde.¹

Bedingungslos bedeutet vor diesem Hintergrund wohl, dass die Republik Österreich die Ukraine weiterhin ohne jedes Limit in Milliardenhöhe unterstützen wird, gleich ob die eigene Bevölkerung unter den von der schwarz-grünen Bundesregierung verursachten Kostenlawinen zusammenbricht.

Die Europäische Union kennt längst keine Grenzen mehr, wenn es darum geht, der Ukraine eine milliarden schwere Unterstützung nach der anderen zu gewähren. Der neueste Vorschlag von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht vor, den EU-Haushaltsrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 aufzustocken, um der Ukraine die unvorstellbare Zusatzsumme von 50 Milliarden Euro bereitzustellen! „*Die Mittel sollen nach ihren Angaben aus Krediten bestehen sowie aus Zuschüssen, die nicht zurückgezahlt werden müssen.*“² Diese geschenkten Zuschüsse belaufen sich immerhin auf 17 Milliarden Euro.³ Ein weiteres milliarden schweres Geldgeschenk an das Selenski-Regime! Insgesamt fordert die Kommission 66 Milliarden Euro zusätzliches Kapital von den Mitgliedstaaten.⁴ Während die Bürger der EU-Mitgliedstaaten unter einer immensen Teuerung leiden, möchte die EU-Kommission einem Drittstaat, welcher sich im Krieg befindet, einfach so Milliarden schenken – vorbei an jeder Mitbestimmung der Bürger in Europa. Ein nach Maßstäben der menschlichen Vernunft nicht mehr zu fassendes Unterfangen.

Bereits jetzt hat die EU-Kommission 30 Milliarden Euro der Ukraine zur Verfügung gestellt.⁵ Mit Stand Mai 2023 haben die EU-Institutionen und die EU-Mitgliedstaaten

¹ <https://www.krone.at/3122946>

² ORF 20.06.2023: EU plant 50 Mrd. Euro Finanzhilfe für Ukraine

³ COM (2023) 336, S. 15

⁴ Tagesschau 20.06.2023: EU-Kommission fordert mehr Geld von Mitgliedsstaaten

⁵ Handelsblatt 20.06.2023: Von der Leyen gibt Souveränitätsfonds auf – fordert aber 66 Milliarden Euro von Mitgliedstaaten

zusammen der Ukraine Finanzhilfen in der unvorstellbaren Höhe von über 70 Milliarden Euro zukommen lassen.⁶

Der „Ukraine Support Tracker“ des Kieler Instituts für Weltwirtschaft erfasst die militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe, welche Regierungen seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine am 24. Januar 2022 an die Ukraine geleistet haben. Summiert man die bisherigen Beiträge Österreichs mit den Anteilen, welche aufgrund des geplanten erneuten Milliardenpaktes entstehen, errechnet das Institut für Österreich eine Gesamthöhe von 3,22 Milliarden Euro(!) an Unterstützung für das Selenski-Regime, wobei 2,47 Milliarden Euro über Finanzierungsmechanismen der Europäischen Union bereitgestellt wurden oder werden.⁷

Hervorzuheben sind jene Milliardenausgaben der EU-Mitgliedstaaten, welche über die sogenannte Europäische Friedensfazilität abgewickelt werden und an die ukrainischen Streitkräfte fließen. Konkret handelt es sich bei diesen Ausgaben mittlerweile um die enorme Summe von 5,6 Milliarden Euro. Die Obergrenze dieser Fazilität wurde mehrfach angehoben und beläuft sich nun auf rund 12 Milliarden Euro, wobei Österreich einen Finanzierungsanteil von 2,79 Prozent trägt. Bei Ausschöpfung bis zur Obergrenze im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 bedeutet dies für den österreichischen Steuerzahler einen Beitrag in Höhe von etwa 335 Millionen Euro.

Bereits im Bundesfinanzgesetz 2024 ist die Ermächtigung festgehalten, bis zu 185 Millionen Euro allein im Finanzjahr 2024 in die sogenannte Friedensfazilität einzuzahlen!⁸ Dass Österreich, verfassungsrechtlich zur Neutralität verpflichtet, einen millionenschweren Beitrag zu dieser Fazilität leistet, welche der EU als Kriegskasse dient, ist völlig inakzeptabel. Ein Stopp dieser Zahlungen wäre längst überfällig.

Schon jetzt ist keine effektive Kontrolle der Mittelverwendung gewährleistet. Es besteht die Gefahr, dass die von den Steuerzahlern Europas aufgebrauchten Milliarden einfach in den Kanälen des Selenski-Regimes und der vermutlich bald nicht mehr demokratisch legitimierten ukrainischen Regierung – man weigert sich bekanntlich, anstehende Wahlen abzuhalten – versickern.⁹ Diese Gefahr betont selbst der frühere EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, welcher vor einem übereilten Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union warnt: „*Wer mit der Ukraine zu tun gehabt hat, der weiß, dass das ein Land ist, das auf allen Ebenen der Gesellschaft korrupt ist.*“¹⁰ Die schwarz-grüne Bundesregierung kontrolliert nicht, wohin die von ihr freigegebenen Milliarden fließen und vertraut bei deren Kontrolle auf die Institutionen der Europäischen Union – welche selbst von einem Korruptionsskandal in den nächsten schlittern.

Der einzige Hoffnungsschimmer: Der Plan der EU-Kommissionspräsidentin erfordert ein einstimmiges Votum der EU-Mitgliedstaaten.¹¹ Insofern Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) zumindest noch ein Mindestmaß an Verantwortung für die

⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3355

⁷ <https://www.ifw-kiel.de/publications/ukraine-support-tracker-data-20758/>

⁸ Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2024, S. 5

⁹ Wahl im Krieg?: Selenskyj vor „demokratischem Dilemma“ - news.ORF.at

¹⁰ APA 05.10.2023: Ex-EU-Kommissionschef Juncker hält Ukraine für "nicht beitriffähig"

¹¹ ORF 20.06.2023: EU plant 50 Mrd. Euro Finanzhilfe für Ukraine

Österreicher wahrnehmen möchte, muss dieser ein klares Veto Österreichs gegen diese Milliardenbeschenke an die Ukraine aussprechen. Dies erfordert nicht nur die verfassungsrechtlich verankerte Neutralität unserer Heimat, sondern auch der politische Anstand gegenüber unseren eigenen Bürgern, welche sich in Zeiten der Höchstinflation das Leben kaum noch leisten können.

Der deutsche Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) lehnte den Vorstoß der EU-Kommission prompt ab. Er sieht für eine Erhöhung des EU-Haushaltsrahmens keine Notwendigkeit.¹² Auch dessen Finanzministerkollegen Bruno Le Maire aus Frankreich und Sigrid Kaag aus den Niederlanden sprachen sich ebenfalls gegen eine Aufstockung des EU-Budgets aus.¹³ Diesen Beispielen sollte die österreichische Bundesregierung folgen.

Mit Verspätung wagten sich auch Finanzminister Dr. Magnus Brunner (ÖVP) und Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) aus der Deckung. Letzterer erteilte der Forderung der EU-Kommission nach einer Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens zumindest verbal eine Absage.¹⁴ Da bereits vielfach in Österreich gemachte Versprechungen – Stichwort Schuldenunion – ihren Wert auf den Verhandlungstischen in Brüssel eingebüßt haben, soll dieser Antrag eine klare Position Österreichs sicherstellen.

Anzuführen ist zudem, dass die Republik Österreich einem Drittstaat Milliardenbeschenke offeriert, welcher zugleich damit droht, unserer Heimat die Energieversorgung zu entziehen. Nichts anderes bedeutet die jüngste Ankündigung der Ukraine, ab 2025 kein russisches Gas mehr Richtung Westen zu leiten. *„Der Chef des staatlichen ukrainischen Energiekonzerns Naftogas, Olexij Tschernyschow, bestätigte das in einem Interview mit dem US-Auslandssender Radio Liberty aber nunmehr noch einmal extra deutlich.“*¹⁵

Der ehemalige OMV-Chef Gerhard Roiss warnte vor dieser Entwicklung bereits im Frühsommer. Er kritisierte scharf, dass die schwarz-grüne Bundesregierung auf dieses drohende Szenario nur mit „Ignoranz“¹⁶ reagiere. Ein Wegfall der russischen Gaslieferungen würde seiner Einschätzung nach „sehr wohl zu hohen Preissprüngen von 100 bis 300 Prozent“¹⁷ führen.

Sollte das Selenski-Regime tatsächlich die Energieversorgung Österreichs durch den angekündigten Lieferstopp von russischem Gas absichtlich gefährden, entstünden beträchtliche Mehrkosten, um den Ausfall des russischen Gases kompensieren zu können. Dies würde schlussendlich natürlich auf die Verbraucher und Konsumenten abgewälzt werden, somit auf unsere österreichischen Bürger, welche ohnehin aufgrund der Sanktionsregime gegen Russland unter einer Kostenexplosion nach der anderen zu leiden haben. Unternehmen und Haushalte hätten mit noch höheren

¹² Tagesschau 20.06.2023: EU-Kommission fordert mehr Geld von Mitgliedsstaaten

¹³ Handelsblatt 2023 06 20: Von der Leyen gibt Souveränitätsfonds auf – fordert aber 66 Milliarden Euro von Mitgliedstaaten

¹⁴ APA 23.06.2023: Nehammer: Österreich zahlt nicht mehr Geld an EU

¹⁵ <https://orf.at/stories/3338179/>

¹⁶ <https://orf.at/stories/3338122/>

¹⁷ <https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/17797053/gas-experten-fahrlaessig-west-ost-pipeline-nicht-rechtzeitig-auszubauen>

Energiepreisen zu kämpfen, Insolvenzen und unbeheizte Wohnungen wären wohl die Folge. Eine weitere Explosion der Inflation steht somit vor der Türe.

Nicht unerwähnt sollte an dieser Stelle bleiben, dass die Ukraine auch im Verdacht steht, die „Nord Stream“-Pipelines in die Luft gesprengt zu haben. Dieser hybride Kriegsakt brachte die Energieversorgung Mitteleuropas bereits ins Wanken. Die US-amerikanische Tageszeitung „Washington Post“ beruft sich gar auf eine ukrainische Quelle, welche aussagt, dass die Zerstörung der „Nord Stream“-Pipelines eine Operation des ukrainischen Militärs gewesen sei. *„Alle Berichte dazu seien bei Walerij Saluschnyj gelandet, dem Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte.“*¹⁸ Dennoch hat weder die EU noch die österreichische Bundesregierung irgendwelche Anstrengungen zur Aufklärung dieser Anschläge getätigt.

Vollkommen absurd wäre es nun, EU-Beitrittsgespräche mit einem Land zu eröffnen und zu führen, welches sich im Krieg befindet und zugleich im Verdacht steht, die Energieversorgung unserer Heimat zu bedrohen. Auch diesem von der EU-Kommission betriebenen Unterfangen muss eine Absage erteilt werden!

Der ungarische Regierungschef Viktor Orbán nimmt diese Verantwortung für sein Land wahr und hat bereits im Vorfeld der Sitzung des Europäischen Rates mitgeteilt, weder die Eröffnung von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine, noch weitere Milliardenzahlungen an das sich im Krieg befindliche Land, zu unterstützen.¹⁹

Ein EU-Beitritt der Ukraine hätte enorme Auswirkungen auf den Nettozahler Österreich - insbesondere in finanzieller Hinsicht. Der gesamte Finanzausgleich sowie ein Gutteil der Einnahmen für Bund, Länder und Gemeinden und damit die Umsetzung vieler Vorhaben für die österreichischen Bürgerinnen und Bürger wären bedroht.

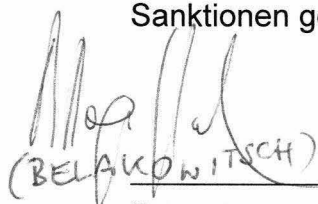
Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

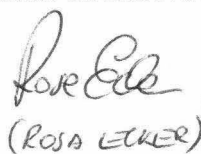
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die von der Europäischen Kommission geforderte Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens, inklusive der geplanten Fazilität für die Kriegspartei Ukraine in Höhe von 50 Milliarden Euro, abzulehnen und diesem Vorschlag mit einem Veto Österreichs zu begegnen.“

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, sich im Rahmen der Institutionen der Europäischen Union gegen die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine auszusprechen, sowie eine Beendigung der Sanktionen gegen die Russische Föderation einzufordern.“


(BELAKOVITSCH)


STEBER


(ROSA LECKER)


(LINDER)


WASSEGGER

¹⁸ <https://www.diepresse.com/13426249/wusste-der-cia-vom-attentat-auf-die-nord-stream-pipelines>

¹⁹ <https://orf.at/stories/3341888/>